

Das fordern Gemeindearbeiter:

Keinen Pfennig Lohnabbau! Rückeroberung des bereits gefürzten Lohnanteils! / 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Einstellung von Arbeitslosen entsprechend der Arbeitszeitverlängerung! Vollen Lohn für alle eingestellten Arbeitslosen! Hinweg mit den Riefengehältern der Bürgermeister, Stadträte und Direktoren! Herabsetzung der Gehälter auf 5000 Mark im Jahre / Einstellung der Zinszahlungen für Anleihen, die nur fette Profite für das Finanzkapital find!

Heuchelei der Lohnabbau-Bonzen!

Die Vorkommnisse der Gemeindevorstände des Gesamtverbandes Dresden haben in einer Sitzung am Montag die Vorkommnisse der Reichsstadtverwaltung festgestellt. Heuchelei wurde nach einem Bericht von Hause (Mitglied der Reichsstadtverwaltung) festgestellt. Die Vorkommnisse der Reichsstadtverwaltung sind „allgemeines Verständnis“. Gleichzeitig wurden diese Vorkommnisse vom Gesamtverband, die revolutionäre Funktionäre offen benutzten, um die tatsächliche Entlassung zu bewirken, von ihrer Schande abzulenken, wenn sie demagogisch erklärten:

„Außerordentlich starke Empörung machte sich gegen den aufgezwungenen Lohnabbau geltend. Das Schlimmste aber wurde in der kurzen Laufzeit der Vereinbarung erkannt.“

Diese Betrüger an den Gemeindearbeitern glauben also, wenn sie vom „aufgezwungenen Diktat“ schwätzen, sich vor den Kollegen rechtfertigen zu können. Das wird ihnen nicht gelingen! Sie haben es selbst, die den Arbeitern den Lohnraub aufzwingen wollen und nicht davor zurücktreten, die Kollegen Brunner, Pätz und Goge der Direktion zur Entlassung zu denunzieren. Die Kurpat, Richter und Weber hoffen so, der wirklichen Empörung der Gemeindearbeiter die Färbung zu lauben, der Zensurung den Kopf abzuschlagen.

Lohnraub war schon längst beschlossen. Nach der Abkehr der Gemeindevorstände bereits vor Verhandlungsabschluss beschlossene Sache war, zeigt folgender In-

angelernte Arbeiter etwa 28,50 Mark, Frauen etwa 22 Mark.

Dieses große Einkommen ist angeblich der steigenden Preise und Materialkosten, angeblich der mit ein wenig gelbes gelbes Anspannung eine erhebliche Verminderung der realen Entlohnung gegenüber der Vorzeit. Wenn die Gemeindevorstände sich mit einer „Erhöhung“ des Nominallohnes brüsten, so ist das ein ausgezeichneter Betrug an den Arbeitern.

Polenke schwingt große Löhne

In der „Gewerkschaftszeitung“, dem Organ des ADGB vom 22. August, an demselben Tage, als die Gesamtverbandskongress

Gemeinbetriebenen dagegen maximalistisch sind.“

Kommunistenhebe kalt Kampf

Obgleich die Gemeindearbeiter an letzter Stelle stehen, nach den eigenen Angaben der Gesamtverbände -ratte, stimmte diese dem Lohnabbau zu. Wider besseres Wissen wird die Lage der Kollegen verschleierte. Ist es da ein Wunder, wenn diese Katastrophe der Bourgeoisie, um von ihrem Sacros abzulenken, eine wilde Morbete gegen die Kommunisten entfalten? Die Dresdener Volkszeitung vom Montag wiederholt zum dritten Male die längst widerlegte Behauptung, der Arbeiter Kroll, Leipzig, der dem SPD-Funktionär Barbas niedergestochen haben soll, sei Mitglied der KPD, aber sie bringt

keine Aufforderung, daß sich die Gemeindearbeiter wehren sollen, gegen den Lohnraub. Keinen Hinweis, daß der Kampf notwendig ist, sondern sie denunziert die KPD-Kollegen der Direktion.

Arbeiterbeschlüsse als „Blödsinn“ begeißelt

Der Gesamtbetriebsrat hatte einflimmig auf Antrag der roten Betriebsräte beschlossen:

Einführung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich und Abhebung von 3 Direktoren sowie Kürzung der Direktoren-Gehälter auf die Höchstsumme von 5000 Mark.

Die Dresdener Volkszeitung stimmt davon nicht einmal Notiz und die Bonzen, wie Kroll, erklärten, das sei „Blödsinn“.

So treten Sozialfaschisten die Arbeiterforderungen mit Füßen — weil sie solchen Unternehmerkassas wie Richter keine 13.000 Mark Gehalt retien wollen.

Die ganze Stuppellosigkeit der Sozialfaschisten kommt auch darin zum Ausdruck, daß sie alle Entlassungsmöglichkeiten ohne weiteres decken. So hätten die roten Betriebsräte eine Resolution vorgeschlagen mit folgendem Inhalt:

„Die Entlassung der 101 SA-Schaffner ist keine Sache des SA-Schaffner allein, sondern der Gesamtbelegschaft.“

Außerdem steht die Frage der Weiterbeschäftigung der Kraftfahrtsarbeiter in Verbindung mit der 40-Stunden-Woche für die Gesamtbelegschaft.

Die Durchführung der Notverordnung vom 5. Juni, nach der unsere Löhne auf die Höhe der Reichsarbeiterlöhne herabgesetzt werden müssen, der Zuschlag für das 1. Kind in Bezug fall kommen soll und die Arbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich herabgesetzt werden kann, sind Gründe genug, um eine Betriebsversammlung einzuberufen.“

Die reformmässigen Betriebsfunktionäre stimmten auf Anwendung der Notverordnung dagegen. Schon daraus ist zu ersehen, daß die Kurpat und Konsorten jede Entscheidung der Arbeiter zu hintertreiben versuchen. Dort, wo aber die KPD trotzdem den Willen der Arbeiter durchsetzen, wie in der großen Straßenshauerversammlung am Sonntag, treten die Bonzen als als Provokateure und Klotzfüßler auf. Insafern kann der ver-lumpfteste Faschist nicht gegen Arbeiter vorgehen.

Sie wissen, um was es geht!

Wir wollen noch ein Zitat aus dem Artikel von V. bringen, um zu zeigen, daß die Bonzen sehr genau wußten, was sie taten. Polenke schreibt:

„Diese Verhandlungen des Gesamtverbandes — Reichs- abteilungen A und O — mit dem Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands sind gescheitert.“

Die Arbeitgeber forderten reißlose Angleichung der Löhne der Gemeindearbeiter und Straßenshauer an die Stundenlohnlöhne der Reichsarbeiter.

Der Gesamtverband war bereit, eine Abgeltung der Notverordnung zu vereinbaren unter der Voraussetzung, daß die so geschlossene tarifliche Vereinbarung für längere Zeit Geltung haben sollte.

Der Reichsarbeiterverband hat eine solche tarifliche Regelung abgelehnt und am 13. August 1931 einseitig den Abbau der Gemeindearbeiterlöhne dekretiert.

Der Gesamtverband hat seine Mitglieder gegen dieses Diktat des Reichsarbeiterverbandes mobilisiert. Der Gesamtverband befindet sich im Abwehrkampf und fordert von seinen Mitgliedern und seinen Ortsvereinigungen allerstrengste Disziplin bei der Durchführung der Abwehrmaßnahmen.“

Das am 13. August erlassene Dekret des Arbeitgeberverbandes ist am 22. August von den Polenke und Co. geschlossen worden. So haben sie sich vor den Gemeindearbeitern als ganz gewöhnliche Schmarotzler entlarvt, die zu jeder Schandtat fähig sind, nur um den „Staat“, d. h. die SPD-Funktionäre zu retten.

Riesenspensionen nicht gekürzt!

Dafür trägt die SPD die Verantwortung

Die SPD hat jahrelang allein in Sachsen registriert und unter ihrem Regime sind folgende kanakolische Pensionen beschlossen, deren Höhe mit Recht ist. Die höchsten Einkommen sind pro Monat:

Ministerialdirektor Dr. Berghaus	1215,00 RM	Ministerialrat Dr. Kunz	895,50 RM
Beamtenrat Kammerer u. Chtegern	1043,40 RM	Ministerialdirektor Dr. Juhl	1278,40 RM
Ministerialdirektor Dr. Lehmann	1040,40 RM	Ministerialdirektor Dr. Scheider	1266,40 RM
Ministerialdirektor Dr. v. Hülsen	1178,80 RM	Ministerialdirektor v. Schart	1240,80 RM
Präsident v. Köpcke-Dezernent	1240,80 RM	Ministerialdirektor Dr. Wulffen	1235,20 RM
Generalkonzeptionsrat Dr. Weber	1765,40 RM	Ministerialdirektor Dr. Schmalz	992,80 RM
Staatsminister Eisner	1135,60 RM	Ministerialdirektor Dr. Ritsche	1084,00 RM
Staatsminister Dr. Krug u. Krida u. v. Hoffmann	1763,40 RM	Ministerialdirektor Dr. Lempe	823,70 RM
Staatsminister Heide	1133,00 RM	Ministerialdirektor Heintz	1057,00 RM
Ministerialrat Wirth	857,00 RM	Ministerialdirektor Michel	1219,00 RM
Ministerialrat Wahn	879,80 RM	Ministerialdirektor Dr. Hallbauer	1043,40 RM
Generalkonzeptionsrat Döring	867,00 RM	Ministerialdirektor Freund	879,80 RM
Generalkonzeptionsrat Dr. Wollentz	855,00 RM	Ministerialdirektor Dr. v. Brandenstein	815,00 RM
Generalkonzeptionsrat Hähnchen	967,50 RM	Senatspräsident Dr. Münchmann	987,50 RM

Diese Pensionen werden heute noch, Monat für Monat die Verantwortung zu tragen. Der frühere SPD-Minister Neumann, der die SPD-Bonzen, die den Lohnraub der unheimlichen Riesenspensionen und Gehälter.

mit einer Zettels, den man den Plauener Gemeindearbeitern in den Lohnbeutel steckt:

Plauen, 21. August 1931

Es ist wahrscheinlich, daß die Löhne der Gemeindearbeiter von der laufenden Lohnwoche ab herabgesetzt werden. Die Kürzung des evtl. zum 1. Juni gezahlten Lohnbetrages würde in der folgenden Woche vorgenommen werden.

Stadtbauamt

Die Hungerlöhne der Gemeindearbeiter

Wie groß das Verbrechen der Lohnabbau-Bürokratie ist, kann man ersehen, wenn man sich die Schandlöhne der Gemeindearbeiter vergegenwärtigt.

Die „hoh“ die Hungerlöhne der Gemeindearbeiter sind, er-sieht man aus der folgenden Tabelle über das Nettoeinkommen in Dresden für Volksgenossen. Der Nettoerwerb beträgt rund 12

gelernte Handwerker etwa 35 Mark, ungelernete Arbeiter etwa 31 Mark,

den unerhörten Lohnraub vereinbaren, lösen wir:

Die von den Gemeinden geforderte Herabsetzung der Löhne bedeutet für einen großen Teil der deutschen Gemeindearbeiter und Straßenshauer bei ihrer endgültigen Durchführung eine Lohnminderung von 25 bis 30 vom Hundert ihres Einkommens. Gegen diesen Lohnabbau, gegen die Kasserolleherstellung verfassungsmäßiger Rechte werden sich die deutschen Gemeindearbeiter und Straßenshauer mit aller Energie zur Wehr setzen. Die Arbeiterkraft der Gemeinden hat in der Vergangenheit durch die Tat bewiesen, daß sie bereit ist, Opfer für das Gemeinwohl zu bringen. Sie werden sich aber gegen das einseitige Diktat mit dem ganzen Gewicht ihrer Organisation wenden. Die Gemeindearbeiter haben ein Recht auf Verteidigung ihres in den letzten Monaten durch Lehn- und Arbeitszeitverkürzungen hart geschundenen Lebensstandards. Die im Abwehrkampf lebenden Arbeitergruppen verfügen über eine ausgezeichnete Organisation. Die Gemeindearbeiter sind zur Abwehr bereit!

Carl Polenke,

In der Erklärung reden die reformistischen Bürokraten also das direkte Gegenteil von dem, was sie in der Praxis tun.

„Gemeindearbeiter rangieren an letzter Stelle“

Aber nicht nur eine Lohnminderung bedeutet diese Verdrängung, durch welche den Gemeindearbeitern die Löhne um 65 Prozent ab der letzten Lohnwoche und weitere 4,5 Prozent ab 1. November, gekürzt werden sollen, sondern Polenke hat in demselben Artikel:

„Vor uns liegen die Heberblätter über die Tariflöhne männlicher Vollarbeiter am Ende des Monats Juli 1931, festgestellt vom Bundesvorstand des ADGB. Von dieser Statistik werden 37 Orte Deutschlands und 24 Bezirke erfasst. Die Gemeindearbeiter erscheinen in dieser Statistik mit zwei Versuchen: gelernte und ungelernete Arbeiter. In allen von der Statistik erfassten Orten

rangieren die Gemeindearbeiter, gelernte wie ungelernete, mit ihren Löhnen an letzter Stelle. Von den insgesamt aufgeführten 20 gelerntsten Berufen stehen in allen 32 Orten die Gemeindearbeiter

ganz erheblich unter dem Durchschnitt der dort gezahlten Tariflöhne. Nehmlich, verhält es sich mit den Löhnen der ungelerneten Arbeiter. Aus der Statistik des ADGB über tariflich festgelegte Zeitlöhne für männliche Vollarbeiter Ende 1930 können ähnliche Feststellungen für 42

erfasste Gruppen gelernter und ungelerner Arbeiter in 47 deutschen Gemeinden gemacht wurden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in fast allen Industrie- und Berufs-Misständen besteht und die tariflich festgelegten Löhne Mindestlöhne, in den

Heute Versammlung im Reglerheim

Die Bonzen wollen die Kollegen einseifen

Der Gesamtverband verkündet:

„Am Mittwoch, dem 26. August 1931, tagt eine Landeskonferenz der Gemeindearbeiter und Straßenshauer, die zur Gesamtsituation noch einmal Stellung nehmen wird. Die Dresdener Kollegenschaft wird auf dieser Konferenz durch Mitglieder der Tarifkommissionen und durch neun weitere Delegierte vertreten sein. Am Mittwochabend soll dann das Ergebnis der Konferenz einer Mitgliederversammlung, die im Reglerheim stattfinden wird, vorgelegt werden.“

Die Bonzen geben sich ein Stückchen, verfahren das Geld des Verbandes, berechnen sich pro Tag 15 Mark Spesen auf Kosten der Mitglieder und wollen heute Abend eine Mitglieder-versammlung im Reglerheim machen, von der alle unorganisierten und KPD-Kollegen ausgeschlossen sein sollen. Die Mitglieder sollen dann beschließen: „Es paßt uns zwar nicht, aber wir nehmen an.“ Sie werden sich aber verrechnen, die Kurpat u. Co. Alle ehrlichen Gemeindearbeiter werden für die Forderungen der KPD stimmen und zur Durchführung der Forderungen des Streik zu beschließen.